

Der Pluralismus ist eine wenig komfortable, aber sehr notwendige Situation.
Kardinal François Marty

Wandel im Weltkommunismus?

Fragen des Wandels im Weltkommunismus und seine Auswirkungen auf der internationalen Szene, hauptsächlich auf Westeuropa, sind in den letzten Monaten zum Teil im Zuge der Abkühlung der Entspannungspolitik, zum Teil auf Grund innenpolitischer Entwicklungen in einzelnen westeuropäischen Ländern und einzelner nationaler kommunistischer Parteien zu einem beherrschenden Thema geworden. Davon kann sich jeder überzeugen, der die politische Diskussion und die Berichterstattung in den internationalen Medien auch nur einigermaßen verfolgt. Übereinstimmung herrscht freilich nur darüber, daß sich beträchtlich vieles bewegt. Völlig strittig aber sind Richtung und Intensität des Wandels. Die einen sehen – übrigens schon seit Jahren, aber nach der Konferenz von Helsinki und den ostentativen Unabhängigkeitsbestrebungen italienischer und französischer Kommunisten spricht man es deutlicher aus – eine neue Ära heraufbrechen mit einem der Sowjetmacht bzw. ihrem Einfluß entgleitenden ideologisch-politischen Pluralismus kommunistischer Bewegungen. Sie glauben an einen „Eurokommunismus“ mit Zentren in Paris und Rom, der seine Unabhängigkeit gegenüber Moskau stärker und stärker behaupten wird, der mit der „Diktatur des Proletariats“ auch seinen totalitären Anspruch abstreift, mit den „westlichen“ demokratischen Gesellschaften und Staatsverfassungen und selbst mit der Europäischen Gemeinschaft und der Nato – selbstverständlich innerhalb eines weltweiten Netzes der Entspannung – seinen Frieden macht. Die anderen sind nicht nur über die weithin wachsende militärische Stärke der Sowjets besorgt, sie äußern sich pessimistisch über den politisch-militärischen Einfluß- und Machtzuwachs des Kommunismus außerhalb des eigentlichen Sowjetbereichs, besonders in Asien und Afrika, und prognostizieren ein weiteres Erstarken kommunistischer Parteien in Westeuropa, vor allem in den romanischen Ländern. Es ist nicht auf Antrieb auszumachen, welche Meinung der Wirklichkeit näherkommt, soweit diese nicht ein bloßes

Produkt von Wunschdenken ist; das Schicksal Europas wird auf jeden Fall davon bestimmt. Sich rechtzeitig darüber Rechenschaft zu geben kann nur von Nutzen sein.

Was ändert sich?

Zunächst: wer dies tut, kann von teils massiven negativen Änderungen im Verhältnis von kommunistischer und nichtkommunistischer Welt (man zögert, dabei von „westlicher“, „freiheitlicher“ und „demokratischer“ Welt zu sprechen) nicht absehen. Es hieße den Kopf in den Sand der Zeitgeschichte stecken, wollte man diese übersehen oder, wie es vielfach geschieht, verdrängen. Die Sowjetunion hat ihr Rüstungspotential, ihr atomares und konventionelles, unaufhörlich gesteigert; sie kann trotz oder gerade wegen des atomaren Patts bei Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Truppenreduzierungen aus einer Position der Stärke agieren; sie ist, wie alle militärischen und militärpolitischen Fachleute bestätigen, drauf und dran, die USA strategisch zu überrunden und zur stärksten Militärmacht der Welt zu werden.

Daraus entsteht für den nichtkommunistisch beherrschten Teil der Welt zwar keine unmittelbar militärische Gefahr. Man braucht der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt außerhalb seines eigenen Machtbereichs keine militärisch aggressiven Absichten zu unterstellen. Man braucht heute das Ost-Westverhältnis Gott sei Dank nicht in Kriegskategorien zu beschreiben. Selbst wenn man aggressive Absichten unterstellen wollte, wären diesen auch auf sowjetischer Seite durch das Risiko eines Atomkrieges Grenzen gesetzt. Man darf voraussetzen, daß eine Politik begrenzter militärischer Entspannung im Interesse des kommunistischen Blocks und der Sowjetunion selbst liegt. Aber ihr militärisches Gewicht, das sie in der nördlichen und südlichen Hemisphäre strategisch geschickt, zielbewußt und

mit langem Atem einzusetzen versteht, stärkt ihre Position politisch. Sie hat es nicht nur in der Hand, je nach den Rückwirkungen der Entspannungspolitik auf die eigene Bevölkerung oder in einzelnen Ländern des Warschauer Pakts ideologische Geschlossenheit zu demonstrieren oder im Falle von Aufweichungen wiederherzustellen; sie kann auch gegenüber dem Westen im Schutz ihres militärischen und strategischen Potentials nach den Gesetzen eigener Nützlichkeit einmal mit Entspannung, ein andermal mit Drohungen operieren. Und die politische Labilität in der Dritten Welt und die moralische und strategische Angreifbarkeit der westlichen Staaten geben ihr zu dieser Doppel- und Wechselstrategie reichlich Gelegenheit. In Südostasien hat sich die Domino-Theorie Schritt für Schritt bestätigt. Die totale Niederlage der Amerikaner in Indochina, die vor allem eine politische und erst in zweiter Linie eine militärische war, ist schon fast vergessen. Und dennoch wird sie auf ganz Süd- und Südostasien im Sinne kommunistischer Expansion Einfluß haben, bis zu einem gewissen Grad unabhängig davon, ob sich dort Moskau oder Peking stärker durchsetzt oder ob sich auf die Dauer national gefärbte Kommunismen etablieren können. Und man muß wohl davon ausgehen, daß jedes Erlöschen eines noch so schwachen Hoffnungszeichens für eine langfristige, aber dauerhafte demokratische Entwicklung im südasiatischen Raum, wie jetzt in Indien, Moskau als den jedenfalls gegenwärtig natürlichen Verbündeten in Vorteil bringt.

In einer krisengeschüttelten Welt fällt es Moskau nicht schwer, unter dem Schirm einer vom Westen nur schwer korrigier- oder lenkbaren Entspannungspolitik sich Verbündete aufzubauen, sich als Helfer revolutionärer „sozialistischer“ Bewegungen anzubieten, eine Politik der Waffenhilfe und ideologischen Umarmung zu betreiben und so sich langsam aber sicher Satelliten zu schaffen – auch in Afrika. Der Fall Angola hat im Westen manche aufgeschreckt, und sei es auch nur deswegen, weil er unkalkulierbare Folgen über Afrika hinaus haben kann. Aber Angola ist nicht das einzige Land, in dem sich sowjetische Macht und sowjetischer Einfluß fest etabliert, und es wird, bis der erste Entkolonisierungsprozeß im südlichen Afrika abgeschlossen ist, nicht das letzte sein. Amerika erwies sich hier als noch hilfloser als in Vietnam. Sicherheit bestand nur darüber, daß die Amerikaner das Risiko eines afrikanischen Vietnam nicht eingehen konnten und wollten. Es wiederholte sich da jedenfalls ein Gesetz der Serie, aus dem man den für die freiheitlichen Demokratien, für ihre Stellung in der Welt, wenn nicht für ihr Überleben kaum schmeichelhaften Erfahrungssatz ableiten kann: Es gibt im Zeitalter weltweiter Abhängigkeit kaum einen ernsthaften örtlichen Konflikt, in den die Großmächte nicht verwickelt sind, aber im Falle der „Konfliktlösung“ ist der totalitäre Part im natürlichen Vorteil; er braucht die Mittel, die er einsetzt, die Hilfe, die er gewährt, nicht demokratisch zu legitimieren. Hinzu kommt: die sowjetische Seite plagt gegenüber früheren Kolonialvölkern kein schlechtes Gewissen, mit der Verbindung von Sozialismus (wie konsistent oder vage dieser auch jeweils ist) und Ent-

kolonisierung kann er sich unbeschwert als Helfer von Befreiungsbewegungen anbieten. Er entbehrt dabei nicht einer gewissen Glaubwürdigkeit, zumal die westliche Seite durch Pakte mit Operettendiktaturen im asiatischen Raum und mit sog. prowestlichen Bewegungen in Afrika, die an Skrupellosigkeit die „kommunistisch“ orientierten kaum unterboten haben, hinreichend korrumpiert ist.

Zu einer Wende könnte nur ein bewußtes Reagieren gegen den stärker werdenden sowjetischen Einfluß durch die afrikanischen Staaten selbst führen. Auf manche westlich orientierte afrikanische Staatsmänner hat die offene Einmischung der Sowjets und ihrer kubanischen Helfer in Angola wie ein später Schock gewirkt. Die Warnung, die gerade dieser Tage vom senegalesischen Staatspräsidenten *Sédar Senghor* zu hören war, Afrika drohe eine zweite Kolonisierung, war nicht von ungefähr. Ob es aber zu einem politischen Bewußtseinsumschwung kommt, ist angesichts der labilen sozialen und politischen Verhältnisse im schwarzen Kontinent mehr als fraglich, zumal die Anwesenheit weißer rassistischer Regierungen und Volksgruppen in Südafrika und Rhodesien westlich orientierte Politiker in ständige Argumentationsnot bringt.

Ein neuer „Eurokommunismus“?

Aber wenden wir uns Europa zu. Wie sieht der „Eurokommunismus“, der sich in den südlichen und westlichen Ländern Europas gegenüber Moskau zu verselbständigen beginnt, aus? Wie weit geht der Wille zur Verselbständigung? Und wie ist er ideologisch und politisch einzuschätzen? Es fehlt schon seit Jahren nicht an Bekundungen der italienischen, spanischen und in jüngster Zeit auch der französischen Kommunisten, in denen diese auf Unabhängigkeit gegenüber Moskau pochen, für „pluralistische“ Wege zum Sozialismus eintreten, sich zu den Regeln demokratischer Verfassungen bekennen, auf revolutionären Umsturz selbst in „objektiv revolutionären Situationen“ verzichten und vom marxistisch-leninistischen Grunddogma der „Diktatur des Proletariats“ Abschied nehmen. Sie lösen damit offene Gegensätze zu Moskau aus und scheinen sich auch nicht mehr zu scheuen, die Verletzung bürgerlicher Rechte wenigstens im Falle der Verfolgung einzelner Systemkritiker in der Sowjetunion zuzugeben und sich davon zu distanzieren.

Den spektakulärsten Schritt, diesen Prozeß der Verselbständigung gegenüber Moskau vor der europäischen Öffentlichkeit glaubwürdig zu machen, war die bekannte gemeinsame Erklärung der italienischen und französischen Kommunistischen Partei von Mitte November 1975. Sie enthielt ein nachdrückliches Bekenntnis zur Meinungs- und Religionsfreiheit, zum Parteienpluralismus, zum Macht- bzw. Regierungswechsel nach demokratischen Regeln. Die Kritik aus Moskau ließ nicht auf sich warten. In der „Prawda“ regnete es Revisionismusvorwürfe. Und in der westlichen Presse, auch in der deutschen, tauchte bereits die Frage auf, ob denn das „dritte kommunistische

Schisma“ (nach dem sowjetisch-jugoslawischen und russisch-chinesischen) schon vollzogen oder nicht mehr aufzuhalten sei.

Der letzte Parteitag der französischen Kommunisten Anfang Februar sollte den neuen Kurs mit der Absage an die Diktatur des Proletariats endgültig bestätigen und ein Bekenntnis zum „französischen Weg zum Sozialismus“ und damit zu den demokratischen und nationalen Traditionen Frankreichs ablegen. Dieses Bekenntnis fiel auch durchaus eindeutig aus. Aber bezüglich der Selbständigkeit gegenüber Moskau – nicht umsonst hatte die KPF unter den kommunistischen Parteien der romanischen Länder nach der KP Portugals den Ruf, die moskauhörigste zu sein – bleiben offenbar bei einigermaßen neutralen Beobachtern doch Zweifel. *Harry Hamm*, der zu Beginn noch von einer „radikalen Wende“ im französischen Kommunismus gesprochen hatte, stellte nach dem Parteitag mit anderen Beobachtern an Ort und Stelle ziemlich lakonisch fest: an der Treue zu Moskau bleibe weiterhin kein Zweifel, und da Moskau das wisse, habe es auf den neuen Kurs im Grunde auch recht gelassen reagiert. Die französischen Kommunisten hätten sich zwar vom marxistisch-leninistischen Dogma der „Diktatur des Proletariats“ distanziert, sich aber zugleich zum „proletarischen Internationalismus“ bekannt, was in der Praxis wohl nichts anderes heiße als „jede Außenpolitik den Interessen der östlichen Führungsmacht unterzuordnen“ (FAZ, 10. 2. 76). Sie blieben aber nicht nur in diesem generellen Rahmen näher an Moskau als die italienischen und spanischen Kommunisten, für die auch das Prinzip des „proletarischen Internationalismus“ offiziell als überholt gilt; sie kamen mit ihrer Absage an Europa und ihren nationalistischen Tönen nicht nur nationalistischen Gaullisten im eigenen Lande, sondern den Interessen Moskaus direkt entgegen. Einer der sozialistischen Kritiker der KPF, *Jean François Revel*, meinte schlicht: „Wenn in den Augen der Kommunisten Léon Blum auch heute noch Unrecht hat und immer noch ein ‚Kollaborateur‘ des Kapitalismus ist, und wenn Mario Soares, der es schaffte, die Diktatur des Kommunismus in seinem Lande zu verhindern, ein ‚Rechter‘ ist, so muß man daraus schließen, daß die KPF nur verbal und zu propagandistischen Zwecken auf die Diktatur des Proletariats verzichtet hat“ (Die Welt, 2. 2. 76).

Und die italienischen Kommunisten? Zweifellos sind diese autonomistischer, als es die französischen bisher waren, und vor allem „bürgerlicher“ als ihre portugiesischen Genossen. *Cunhal* und *Berlinguer* trennen nicht nur Temperament und politische Stile. Aber daß die Selbständigkeit gegenüber Moskau auch für italienische Kommunisten Grenzen hat, mag selbst ein *Berlinguer* nicht verschweigen. Auf die Frage nach der Distanz zu Moskau und Peking antwortete er in einem für europäische Spitzenzeitungen bestimmten Interview: „Die KPI liegt mit keinem Staat und keiner Partei auf einer Linie. Unsere selbständige Beurteilung ist in mehreren Fällen auch gegenüber der sowjetischen Wirklichkeit und gewissen Aspekten der Politik der UdSSR zum Ausdruck gekommen. Es stimmt zwar, daß wir den Grundgedanken der friedlichen Koexi-

stenz und der Entspannung, wie sie von der Sowjetunion beharrlich verfolgt wird, gutheißen. Wir verstehen aber nicht, wieso das Überraschung auslöst. Es wäre unverantwortlich, wenn wir das nicht anerkennen würden, was weit und breit anerkannt wird, d. h., daß die Friedenspolitik der Sowjetunion dem Wohle der ganzen Menschheit Rechnung trägt“ (zit. nach „Die Welt“, 3. 2. 76). Also Willfährigkeit gegenüber der sowjetischen Außenpolitik auch hier? Auf jeden Fall lassen sich sowjetische Friedenspolitik und „proletarischer Internationalismus“ nicht gut trennen.

Wie tief geht also der Wandel in den lateineuropäischen kommunistischen Parteien? Diese tun nichts anderes als konsequent diejenige Strategie anwenden, die aus der innenpolitischen Lage ihrer Länder und ihrer Parteien heraus eindeutig am erfolgversprechendsten ist. Die französischen Kommunisten wollen ihre Minderheitsposition innerhalb der von den Sozialisten geführten Linksunion überwinden, sie müssen aus ihrem politischen Getto heraus. Das ist ihnen nur möglich, wenn sie an nationale Gefühle appellieren und Bundesgenossen außerhalb des sozialistischen Lagers gewinnen. Dafür ist – auch im Blick auf gaullistische Kreise und als Gegenposition zur Mehrheit des gegenwärtigen Präsidenten – eine national betonte, antieuropäische Politik allemal gut. Die italienischen Kommunisten haben einen starken Rückhalt in der Wählerschaft. Sie haben bei den letzten Regionalwahlen im Juni vergangenen Jahres mit der durch dreißig Jahre Regierungsverantwortung verbrauchten *Democrazia Cristiana* fast gleichgezogen. Sie regieren in den Regionen mit. – Sie sind in fünf von ihnen mit den Sozialisten als Koalitionspartnern erste Regierungspartei. Ohne Rücksicht auf die Kommunisten kann in Italien kaum noch nationale Politik gemacht werden. Die jüngste Regierungskrise hat dies wieder eindrucksvoll bestätigt. Was liegt also näher als auf dem Wege des „historischen Kompromisses“ im Bündnis mit oder durch Aufspaltung der *Democrazia Cristiana* in die volle politische Verantwortung zu kommen. Wie sollte sich eine Partei anders verhalten als legalistisch, verfassungstreu und „liberal“, wenn sie eine reelle Chance hat, zum erstenmal in einem Lande den Kommunismus legal an die Macht zu bringen? *Cunhal* in Portugal wußte, daß ihm für einen solchen Weg die Basis fehlte, deswegen hielt er in guter „stalinistischer“ Manier nichts von Wahlen.

Auseinandersetzung statt Euphorie

Also nur taktische Wende? Es geht nicht um Taktik, sondern um langfristige strategische Ziele, für deren Erreichung die Hinnahme der Verfassungen, die Anpassung an die jeweiligen nationalen Verhältnisse und eine gegenüber Moskau relativ distanzierte Politik notwendig sind. Das schließt nicht aus, daß es innerhalb kommunistischer Parteien – etwa in Italien oder in Spanien – Parteianhänger und Parteipolitiker gibt, die nicht nur auf der Basis der

demokratischen Verfassung agieren und kommunistische Politik machen, sondern diese auch aus Überzeugung respektieren. Es schließt auch nicht gewisse Folgewirkungen einer solchen strategischen Wende aus. Sie können dahin führen, daß sich Parteien, ob mit oder ohne programmatische Absicht, langfristig demokratisieren und totalitäre Bestandteile aus Programm und Praxis aussondern. Aus einem heute erst in schwachen Ansätzen vorhandenen Pluralismus innerhalb und zwischen kommunistischen Parteien können nicht nur juristisch, sondern auch politisch autonome Verfassungsparteien werden. Es ist durchaus möglich, daß Autonomiebestrebungen in westlichen kommunistischen Parteien zu einer lebhafteren Auseinandersetzung über politische Ziele und ideologische Grundlagen auch in kommunistischen Parteien des unmittelbaren sowjetischen Einflußbereichs führen. Und natürlich hätte die sowjetische Seite von solchen Auswirkungen einiges zu befürchten. Auch wenn sie vor allem in der Sowjetunion selbst – jedenfalls mittelfristig – nur wenig zu bewegen vermögen, so widersprechen sie doch dem sowjetischen Verständnis von ideologischer Orthodoxie und kommunistischer Solidarität. Deswegen sind wohl auch Reaktionen und Befürchtungen wegen einer „Sozialdemokratisierung“ westlicher kommunistischer Parteien, wie sie in sowjetischen Stellungnahmen geäußert werden, kaum als nur taktisch zu verstehen.

Aber solche vermutbaren Entwicklungen, die im sowjetischen Bereich gewiß – wie die innerkommunistischen oder

innersowjetischen Wirkungen der Konferenz von Helsinki – mit einer energischen Einheitsstrategie nach innen und außen abgeblockt würden, sind alles eher als ein Grund, jetzt schon von einer Bekehrung westlicher Kommunismen zu freiheitlichen Verfassungssystemen auszugehen und deren Fähigkeit zu einer moskauunabhängigen Politik, die mehr wäre als Neutralismus in Moskaus Diensten, vorauszusetzen. Es gilt beides im Blick zu behalten, die Expansion des sowjetischen Einfluß- und Machtbereichs und die Entwicklung in den kommunistischen Parteien des Westens. Und da bei verwandten marxistischen Strömungen oder mit dem Marxismus sympathisierenden Gruppen eine notorische Anfälligkeit besteht, die nicht-demokratischen und totalitären Elemente im Kommunismus ebenso zu unterschätzen wie dessen prinzipielle Religionsfeindlichkeit, bedarf es gerade jetzt einer gründlichen Auseinandersetzung über die ideologischen Grundlagen und die politischen Zielsetzungen marxistischer Gruppen und kommunistischer Parteien – auch im vopolitischen Raum. Die Kirchen haben dabei einen unverzichtbaren Part zu spielen. Sie wären gut beraten, nicht nur den mit dem Kommunismus verbundenen Staatsatheismus als mit dem Christentum unvereinbar hinzustellen und dadurch manche Euphorie wegen erwarteter untergründiger Hoffnungsverwandtschaften zwischen Christentum und Marxismus zu bremsen, sondern nicht weniger dessen totalitäre, freiheitzerstörende Elemente in ein hartes Gespräch zu bringen.

D. A. Seeber

Vorgänge

Macht sich die Kirche lächerlich?

Die Wirkungen der jüngsten Erklärung der römischen Glaubenskongregation zu Fragen der Sexualität (vgl. HK, Februar 1976, 82–87) waren keineswegs so nachhaltig, wie es diejenigen erwartet hatten, die bereits vor ihrem Erscheinen, und zwar keineswegs nur des verwandten Gegenstandes wegen, Vergleiche mit „*Humanae vitae*“ gezogen hatten. Die große Aufregung, die man erwartete – hatte Kardinal *Döpfner* nicht schon in einer Begleiterklärung vorsorglich auf den zu erwartenden Widerspruch hingewiesen? (vgl. HK, Februar 1976, 88) –, fand jedenfalls hierzulande nicht statt.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Dokument ebenfalls nicht. Die Kommentatoren in den Medien zeigten sich davon offenbar weit mehr beeindruckt als ihre Hörer und Leser in der Bevölkerung. Dies mag nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß nach übereinstimmenden Ergebnissen aller demoskopischen Umfragen im Bereich der Sexualethik von der Kirche kaum noch Weisung und Klärung erwartet wird, die Autorität der Kirche in diesen Fragen, ob man das nun glaubt oder für bloßen Zweckpessimismus hält, besonders weit gesunken ist.

Neue Verbindlichkeit in strenger Wegweisung?

An veröffentlichtem Echo hat es dennoch nicht gefehlt und da und dort auch nicht an spektakulären Skandalen gerade in Ländern mit traditionell katholischer Bevölkerung: In Italien kam es in mehreren Städten zu schreierischen Protestaktionen von Feministen und radikal-liberalen Emanzipatoren, die damit nicht nur die „rigoristische und freiheitsfeindliche Sexual- und Ehemoral der Kirche“ anprangerten, sondern die Veröffentlichung der vatikanischen Erklärung zur verstärkten Propaganda für eine totale Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches